



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Jörg Baumann, Florian Köhler** und **Fraktion (AfD)**

Brandanschläge auf AfD- und CSU-Büros, Polizei und Infrastruktur – Linkem Terror endlich einen Schlusspunkt setzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den aktuellen Stand der Ermittlungsergebnisse bezüglich der jahrelang andauernden Serie von Brandanschlägen im Raum München zu berichten.

Weiter wird die Staatsregierung aufgefordert, geeignete Maßnahmen gegen die Brandanschlagsserie in München zu beschließen.

Insbesondere sind

- Vereinsverbote von Gruppierungen, die sich unter der Bezeichnung „ANTIFA“ zusammengeslossen haben, zu verfügen,
- sogenannte „ANTIFA“-Gruppierungen als extremistische Vereinigungen mit festen Strukturen dem Phänomenbereich der Organisierten Kriminalität zuzuordnen.
- staatliche Finanzmittel, die in Gruppierungen der „ANTIFA“ fließen und geflossen sind, aufzudecken,
- regelmäßige Polizeieinsätze in der Umgebung von gefährdeten Gebäuden zu gewährleisten,
- Belohnung und Schutz für Zeugen zu erhöhen: Die ausgesetzte Summe für Hinweise auf Täter wird deutlich angehoben, ergänzt um anonyme Meldekanäle und Schutz für Informanten, die aus den extremistischen Netzwerken stammen.

Begründung:

In der Region München hat sich in den vergangenen sechs Jahren eine Serie von bis zu 50 Brandanschlägen ereignet, deren Gesamtschaden auf mindestens 25 Mio. Euro geschätzt wird. Die Ermittlungen laufen seit 2023 unter der Leitung der Ermittlungsgruppe „EG Raute“ der Polizei, die nach den jüngsten Vorfällen durch die „EG Brand“ ergänzt wurde. Bisher konnten die Täter nicht identifiziert werden.

Im Januar 2025 wurden 23 Fahrzeuge der Polizeihundestaffel in Untermenzing zerstört, im Mai 2025 traf es die Reiterstaffel in Trudering-Riem, wo vier Fahrzeuge ausbrannten und 39 Pferde evakuiert werden mussten. Auch die kritische Infrastruktur war mehrfach Ziel: 2024 geriet ein Bauzug in Unterhaching an acht Orten in Brand, im April 2025 wurden Baumaschinen im Münchner Süden zerstört, und im Mai 2021 verursachten Brandanschläge auf offene Stromleitungen einen großflächigen Stromausfall, der 20 000 Haushalte betraf.

Darüber hinaus wurden politische Einrichtungen angegriffen: Am 5. Oktober 2025 ereignete sich ein Benzinbrand an der CSU-Zentrale in Freimann, und im AfD-Abgeordnetenbüro in Perlach, das von den Abgeordneten Rene Dierkes und Tobias Teich genutzt wird, kam es innerhalb einer Woche zu zwei Brandanschlägen. Parolen oder Bekennterschreiben wurden nicht gefunden. Angesichts der betroffenen Ziele – Polizei, CSU und AfD – sowie der Festnahme zweier Personen aus der „Anarcho-Szene“ im Februar 2025 gilt ein linksextremer Täterkreis als wahrscheinlich.

Ein vergleichbares Muster zeigt sich auch überregional. Laut einem Bericht des Bayerischen Rundfunks häufen sich Sabotageakte gegen Energie- und Verkehrsinfrastruktur, die auf linksextreme Motive hindeuten.

Diese Anschlagsserie gefährdet nicht nur die öffentliche Sicherheit, sondern auch Infrastruktur und Wirtschaft. Betroffen waren seit 2022 unter anderem Rüstungsbetriebe in Ottobrunn, Tanklager im Münchner Norden und Bahnlinien nach Allach. Angesichts der hohen Schadenssummen und der politischen Zielrichtung ist eine weitere Eskalation nicht auszuschließen.